

KLIENTELISMUS UND PROGRAMMATIK: NEUE ALTE SEITEN BEI DER LDP?¹

Christian G. WINKLER

1. EINLEITUNG

Die Relevanz der Liberal Demokratischen Partei Japans (LDP, *Jiyūminshutō*) für unser Verständnis moderner Demokratien ist primär der Tatsache geschuldet, dass kaum eine andere Partei in einem parlamentarischen System der Nachkriegszeit so erfolgreich war bzw. ist. Seit ihrer Gründung vor 60 Jahren, war die LDP entweder alleine oder in verschiedenen Koalitionen 56 Jahre lang Regierungspartei. In 15 (von insgesamt 20) Unterhauswahlen gewann die LDP die absolute Mehrheit der Sitze. Die Erforschung der Gründe für diese Dominanz war seit jeher ein Hauptaugenmerk der politikwissenschaftlichen Japanforschung. Bereits Gerald Curtis (1971) und Nathaniel Thayer (1969) betonten die Bedeutung sozialer Netzwerke zwischen LDP-Politikern und verschiedenen Interessengruppen, z.B. aus der Bauindustrie, den Agrargenossenschaften oder den klein- und mittelständischen Unternehmen. Über die Jahrzehnte wurde das *do ut des* zwischen Politikern der Regierungspartei und diversen Interessengruppen von mehreren Generationen von Wissenschaftlern erforscht. Einfach gesagt, handelte es sich dabei um einen Handel: finanzielle sowie organisatorische Unterstützung im Wahlkampf gegen Vergabe von Mitteln der öffentlichen Hand bzw. Protektionismus. Inzwischen geht die Literatur (z. B. Rosenbluth und Thies 2010) davon aus, dass Landflucht,² demografischer Wandel,³ ein stetig wachsendes Haushalts-

¹ Dieser Artikel basiert auf Vorträgen bei der Tagung der *Japanese Studies Association of Australia* sowie dem Deutschsprachigen Japanologentag 2015. Teilergebnisse der hier vorgestellten Studie wurden im Kontext der Entwicklung post-materialistischer Versprechen in den Wahlprogrammen der LDP in Winkler (2014) eingehender analysiert.

² 1960 lebten 18,9 % der japanischen Bevölkerung im Großraum Tokyo; 1990 waren es bereits 25,7 % und 2010 27,8 % (Cabinet Office 2011).

³ Mehr als ein Viertel der japanischen Bevölkerung ist über 65 Jahre alt. Die japanische Regierung geht davon aus, dass der Anteil der Über-65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bis 2050 auf 39 % ansteigen wird (Cabinet Office 2012).

defizit,⁴ die steigende Zahl an Wechselwählern, die verschärfte politische Konkurrenzsituation, sowie die grundlegende Wahlrechtsreform in den 1990er Jahren die LDP zu einem Umdenken gezwungen haben. Demnach begann die Partei sich nach der Reform mit einem neoliberalen Fokus auf einen schlanken, effizienten Staat, Deregulierung und Freihandel in den Städten lebenden Wechselwählern (die oftmals in großen Unternehmen arbeiten) sowie deren i. d. R. im globalen Wettbewerb stehende Arbeitgebern zuzuwenden. Letztere interessieren sich selbstredend eher für eine wettbewerbsfreundliche Politik (z. B. Freihandel) als für den Protektionismus und Klientelismus, der für die traditionellen Unterstützer der LDP von Bedeutung war und ist.

Die Frage ist nun, ob die LDP diesen oben skizzierten neoliberalen Kurs auch nach dem Rücktritt seines stärksten Verfechters, Premierminister Jun'ichirō Koizumi (im Amt seit 2001) im Jahre 2006 bzw. aktuell in der andauernden, zweiten und dritten Amtszeit von Premierminister Shinzō Abe (seit 2012/2014) fortgesetzt oder korrigiert hat.

Es gibt vermehrt Anzeichen dafür, dass die LDP wieder in ihr altes Fahrwasser zurückgekehrt ist. Scheiner (2006) etwa hat argumentiert, dass Klientelismus in Japan auch nach der Wahlrechtsreform von Bedeutung ist, da der gewählte Abgeordnete die wichtigste Verbindung seines Wahlkreises zum japanischen Zentralstaat und damit zu den begehrten Geldtöpfen darstelle. Des Weiteren haben Taniguchi und Okawa (2013) herausgefunden, dass sich LDP-Kandidaten für das Unterhaus nach der Ära Koizumi wieder verstärkt für die Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche (Bau-)Maßnahmen aussprechen. Dabei handelt es sich selbstredend um ein Kernstück des *modus operandi* der alten, klientelistischen LDP. Zusammen mit verschiedenen Medienberichten (z. B. *Asahi Shinbun* 28.11.2012), die etwa die Überfrachtung eines Wahlprogramms mit Versprechen an organisierte Unterstützergruppen anmerkten, ergibt sich ein Bild, das eher der alten LDP der 1960er bis 1980er Jahre entspricht, als dem Bild der auf die Belange von städtischen Wechselwählern eingehenden, neoliberalen Partei unter Koizumi.

Dieser Sachverhalt wirft die Frage auf, ob Premierminister Abe die neoliberale Phase der LDP wirklich beendet hat. Auf der einen Seite war die Partei nach 2006 auf mehreren Ebenen in der Defensive: politisch, weil

⁴ Durch die Umsetzung der neoliberalen Agenda (z. B. Restrukturierungsmaßnahmen) sowie zartes Wirtschaftswachstum gelang es der LDP-Regierung in den Jahren 2006 und 2007 die Schuldenlast (gemessen im Vergleich zum japanischen Bruttoinlandsprodukt) zu senken; seit 2008 steigt sie jedoch wieder (Klein und Winkler 2012: 152). Die Schulden des japanischen Staates belaufen sich auf mehr als 200 % des BIPs.

die DPJ immer stärker wurde, während drei LDP Premierminister nach jeweils nur einem Jahr im Amt zurücktraten;⁵ wirtschaftlich, aufgrund der Auswirkungen der durch den sogenannten Lehmann Schock ausgelösten globalen Finanzkrise sowie deren negativen Folgen für die Weltwirtschaft.⁶ Vor diesem Hintergrund erscheint eine keynesianische Wirtschaftspolitik und damit eine Abkehr vom schlanken Staat durchaus einleuchtend. Andererseits haben sich die institutionellen sowie sozialen Rahmenbedingungen (Einzelwahlkreise, Wechselwähler in den Städten sowie Landflucht) nicht verändert.

Im Folgenden sollen die Parteiprogramme der LDP mit dem Ziel analysiert werden, herauszufinden, wie die Partei mit den Themen Klientelismus und Neoliberalismus umgegangen ist. Dabei soll vor allem die Frage geklärt werden, ob und inwieweit die Regierung Abe wieder auf Klientelismus setzt oder an den neoliberalen Kurs der späten 1990er und frühen 2000er Jahre anknüpft.

2. KLIENTELISMUS UND DIE LDP

Ein entscheidender Vorteil der LDP gegenüber ihren traditionell wichtigsten politischen Mitbewerbern bis Mitte der 1990er Jahre, wie etwa der Sozialistischen Partei Japans (SPJ, *Nihon Shakai-tō*), war seit jeher, dass sie als „ewige“ Regierungspartei über die Verteilung staatlicher Mittel entscheiden konnte (Ramseyer und Rosenbluth 1997: 8–9). Die Verteilung von materiellem Wohlstand durch den starken Zentralstaat und die LDP war für die ärmeren, ländlichen Regionen oftmals eine wichtige Lebensader. Neben Landwirtschaft und Fischerei waren und sind öffentliche Infrastrukturprojekte in diesen Regionen oft die einzige Einkommensquelle. Anders als die Bundesrepublik ist Japan kein föderaler, sondern ein unitärer Staat, d. h. der finanzielle und politische Handlungsspielraum der Präfekturen ist begrenzt. Im Gegensatz zu den Bundesländern, die über den Bundesrat direkten Einfluss auf die Gesetzgebung des Bundes haben, sind die 47 japanischen Präfekturen nicht in das Gesetzgebungsverfahren auf zentralstaatlicher Ebene eingebunden. Ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten sind daher vergleichsweise begrenzt. Dies liegt jedoch nicht nur an der politischen

⁵ Premierminister Abe in seiner ersten Amtszeit (2006–2007) sowie sein Nachfolger Fukuda Yasuo (2007–2008) traten nach nur einem Jahr im Amt zurück. Fukudas Nachfolger Asō Tarō wurde bei der Unterhaus 2009 abgewählt.

⁶ So stieg die Arbeitslosenquote in den Jahren 2008/9 von 4,4 % auf 5,2 % (Klein und Winkler 2012: 154).

Struktur, sondern auch an der bereits oben erwähnten Schere zwischen wohlhabenden urbanen Zentren und traditionell strukturschwachen ländlichen Regionen. Letztere waren und sind auf Subventionen der Zentralregierung angewiesen.⁷

Hier setzt der Klientelismus an. Im Tausch für den Bau von Infrastruktur, für Subventionen und Schutz vor (v. a. internationaler) Konkurrenz durch hohe Zölle oder nichttarifäre Handelshemmnisse konnten LDP Politiker auf die finanzielle und organisatorische Unterstützung durch die Agrarlobby (die Japanischen Agrargenossenschaften), die Bauindustrie sowie kleine und mittelständische Unternehmen rechnen (Scheiner 2006: 69–70, Pempel 1998: 63–73, George Mulgan 2005: 119, 150–151, Rosenbluth und Thies 2010: 92–93). Diese waren in vielfältiger Weise eng mit der Wahlkampforganisation des jeweiligen LDP-Abgeordneten verbunden, der sich für die Umsetzung der Wünsche dieser organisierten Wählerschaft innerhalb der LDP sowie der Regierung in Tokyo einsetzte.⁸ Nachdem die Präfektur-Regierung keinen direkten Einfluss auf die Gesetzgebung und vor allem den Haushalt der Zentralregierung nehmen kann, stellt bis heute der jeweilige Abgeordnete (der in ländlichen Regionen i. d. R. ein LDP-Parteibuch besitzt) den einzig effektiven und direkten Draht zu LDP-Parteizentrale und Zentralregierung in Tokyo dar (Scheiner 2006: 11–22). Aus Sicht der LDP-Abgeordneten war die Kultivierung von engen Beziehungen zu diversen Interessengruppen in ihrem Wahlkreis zwingend notwendig, weil der Wahlkampf eine teure Angelegenheit war (siehe Carlson 2007: 133, Woodall 1996: 94–95, 123) und weil die Konkurrenz oftmals auch aus den eigenen Reihen kam. So unterstützten die LDP-Faktionen in den sogenannten Mehrmandatswahlkreisen (d. h. mehr als ein erfolgreicher Kandidat zieht aus dem jeweiligen Wahlbezirk in das Parlament ein) oftmals jeweils unterschiedliche Kandidaten. Somit bekam es ein LDP-Kandidat nicht nur mit Oppositionspolitikern zu tun, sondern musste sich auch gegen parteiinterne Konkurrenz durchsetzen. Für den Wahlerfolg war es daher wichtig, dass sich die Kandidaten persönliche Unterstützernetzwerke aufbauten und diese unter anderem mit Zugang zu öffentlichen Mitteln förderten.

⁷ Die Situation der lokalen Selbstverwaltungen wurde mit dem Begriff *san wari jichi* (30 % lokale Selbstverwaltung) umschrieben, weil sie lediglich über 30 % ihrer administrativen Tätigkeiten und Einnahmen selbst bestimmen konnten (Klein und Winkler 2012: 104–105).

⁸ So gelang es dem ehemaligen Premierminister Kakuei Tanaka (Amtszeit 1972 bis 1974) eine *Shinkansen* Linie, zwei Autobahnen und ein Atomkraftwerk in seine ländliche Heimat-Präfektur Niigata zu lotsen (Woodall 1996: 120).

Die LDP-Faktionen, hierarchische, organisierte Gruppen, die oftmals als Parteien in der Partei bezeichnet wurden, hatten ein großes Interesse daran, die Zahl ihrer Mitglieder zu erhöhen. Traditionell wurde der LDP-Parteipräsident (der bisher mit zwei Ausnahmen auch das Amt des Premierministers innehatte⁹) ausschließlich von den Parlamentsabgeordneten gewählt. Ein Ziel der Faktionen war es, ihren jeweiligen Vorsitzenden zum Premierminister wählen zu lassen oder zumindest bei der Wahl ein gehöriges Wörtchen mitzureden. Außerdem bestimmte die Größe einer Faktion auch die Zahl der Kabinettsmitglieder bzw. der hohen Parteifunktionärsposten, die ihr nach der Wahl eines neuen Parteivorsitzenden und Premierministers zustanden (Ramseyer und Rosenbluth: 59–72). Einflussreiche Faktionsgrößen wie Kakuei Tanaka (Premierminister 1972–74), Noboru Takeshita (Premierminister 1987–89) oder Shin Kanemaru (Generalsekretär 1984–1986) wiederum waren aufgrund ihres Einflusses in Partei und Zentralregierung wichtige Gesprächspartner und Empfänger großzügiger Spenden von Bauunternehmen. Letztere erhofften sich durch diese Zuwendungen ihre Chancen auf Verträge mit der öffentlichen Hand zu verbessern (Woodall 1996: 112–119). Die Faktionsvorsitzenden nutzten diese Spenden um jüngere Mitglieder ihrer Faktion zu unterstützen.

Die politikwissenschaftliche Literatur (z. B. Ramseyer und Rosenbluth 1997) argumentiert, dass die Einführung von Einzelwahlkreisen im Jahre 1994 (sowie die damit verbundene Abschaffung von Mehrmandatswahlkreisen im Unterhaus) den Druck auf die Oppositionsparteien zu fusionieren und eine echte Alternative zur LDP aufzubauen verstärkt hat. Da pro Wahlkreis nur noch ein erfolgreicher Kandidat gewählt wird, haben große Parteien wie die LDP in diesem System einen entscheidenden Vorteil. Die politischen Kontrahenten der LDP stimmten dieser Wahlrechtsreform u. a. deshalb zu, weil sie in der Einführung der Einzelwahlkreise die einzige Möglichkeit sahen, die LDP aus der Regierungsverantwortung zu verdrängen. Die Sammlung der Mehrheit der anti-LDP Kräfte in der Demokratischen Partei Japans (DPJ, *Minshu-tō*) sowie deren historischer Sieg über die LDP bei der Unterhaus im Jahre 2009 gilt als Beweis dafür, dass dieser Mechanismus auch in der Praxis funktioniert hat. Als Folge dieser Neuordnung des Wahlsystems hat zudem die Ungleichheit zwischen ländlichen und urbanen Wahlkreisen abgenommen. Allerdings ist die Bevölkerung in Wahlkreisen in ländlichen Gebieten (wo die LDP traditionell sehr stark ist) um die Hälfte kleiner als in städtischen Wahlkreisen, und damit nach wie vor überrepräsentiert (Krauss und Pekkanen

⁹ Diese Ausnahmen waren Yōhei Kōno (1993–1995) und Sadakazu Tanigaki (2009–2012).

2010: 21–25; Mori McElwain 2012). Das Ungleichgewicht hat jedoch nach der Wahlrechtsreform stark abgenommen und somit die Machtbasis der LDP geschwächt.

Diese Schwächung bedeutete zugleich eine Stärkung der bevölkerungsreichen Ballungsräume um die Metropolen Tokyo, Osaka, Nagoya, Sapporo und Fukuoka. Die Büroangestellten in diesen Großstädten sind zum großen Teil Wechselwähler, die sich keiner Partei langfristig verbunden fühlen. Diese Wähler legen größeren Wert auf programmatische Politik, z. B. eine, breite Schichten ansprechende Sozialpolitik, als auf klientelistische Versprechen (Ramseyer und Rosenbluth 1997: 81–82). Während Vertreter der klientelistischen Politik einen klar definierten Teil des Wahlvolkes, z. B. bestimmte Bauunternehmen und ihre Mitarbeiter mit sehr konkreten, finanziellen Begünstigungen zur Unterstützung an der Wahlurne überreden wollen (und die Realisierung des Versprechen von dem Wahlverhalten der Gruppe abhängig machen), ist programmatische Politik unspezifischer: Sie spricht größere, soziale Gruppen an, z. B. Arbeitnehmer als solches (anstatt nur die Mitarbeiter von bestimmten Bauunternehmen) und offeriert soziale Güter, ob Sozialpolitik, innere Sicherheit oder einen schlanken Staat, die nicht zwingend ein finanzielles Mehr für den Wähler bedeuten. Nachdem damit sehr breite soziale Gruppen angesprochen werden, ist die Einlösung dieser Versprechen nach der Wahl auch nicht an das Wahlverhalten des Einzelnen bzw. einzelner, spezifisch definierter Gruppen gekoppelt (Scheiner 2006: 15–16).

Die Wahlrechtsreform und die geringere Überrepräsentation ländlicher Wahlkreise war jedoch nicht der einzige Grund für den Wandel der LDP. Nach dem Platzen der Spekulationsblase und der damit einhergehenden Stagnation der japanischen Wirtschaft sowie stetig wachsenden Haushaltsdefiziten waren die finanziellen Mittel für die Verteilungspolitik nicht mehr in dem Maße gegeben wie dies bis in die 1980er Jahre hinein der Fall gewesen war (Ramseyer und Rosenbluth 1997: 37–38, Rosenbluth und Thies 2010: 177).

Vor diesem Hintergrund argumentiert die Literatur (siehe, z. B. Rosenbluth und Thies 2010: 135, Ramseyer und Rosenbluth 1997), dass sich die LDP wesentlich stärker als vor der Reform um die immer bedeutsamer werdende städtische Klientel bemüht habe. Wie bereits zuvor angedeutet, erwachsen der LDP zuerst mit der Neuen Fortschrittspartei (*Shintō Sakigake*) und danach mit der DPJ ernstzunehmende Konkurrenten, die sich besonders stark um die städtische Klientel bemühten und somit die Vormachtstellung der LDP gefährdeten. Die daraus resultierende Neuausrichtung der Partei auf die Interessen von urbanen Wechselwählern erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt während der Amtszeit von Premierminister Jun'ichirō Koizumi (2001–2006). Koizumi vertrat eine neoli-

berale Agenda, die durch Privatisierung staatlicher Unternehmen (wie den Autobahnbetreibern und der japanischen Post) einen schlanken Staat realisieren und die Wirtschaft durch Liberalisierung ankurbeln wollte. Kritiker (z. B. die oppositionelle DPJ) warfen der LDP unter Koizumi vor, die neue Wirtschaftspolitik hätte maßgeblich dazu beigetragen die Kluft zwischen Arm und Reich, Land und Stadt weiter zu vertiefen.

Um zu sehen, ob bzw. wie die LDP auf diese Kritik an ihrem neoliberalen Kurs reagiert hat, sollen im Folgenden die Wahlprogramme (*manifesto* oder *seiken kōyaku*) der LDP im Hinblick auf die Bedeutung der einzelnen Politikfelder analysiert werden. Diese Dokumente waren ursprünglich vor allem an Parteiunterstützer gerichtet, haben aber vor allen seit der „Manifesto Wahl“ des Jahres 2003 sehr stark an öffentlichem Einfluss gewonnen.¹⁰ Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Partei, die den Begriff Manifesto in Japan einführte (die Demokratische Partei), sechs Jahre später – d. h. bereits kurz nach der erfolgreichen Wahl von 2009 – erleben musste, wie ihr eigenes Wahlprogramm der LDP und den Medien als Munition diente. Vor allem für die nicht in dem Wahlprogramm erwähnte Mehrwertsteuererhöhung von 5 auf 10 % wurde der DPJ-Regierung kritisiert, obwohl sowohl die LDP als auch die Medien in der Sache für eine Anhebung des Steuersatzes waren. Diese Episode verdeutlicht die Bedeutung, welche den Wahlprogrammen nicht nur von Wissenschaft oder Politik, sondern auch von der breiten Öffentlichkeit unterdessen zugemessen wird (siehe hierzu auch Winkler 2014).

Die hier vorgestellten Daten zu der Relevanz der einzelnen Politikfelder basieren auf Kodierungen von 20 LDP-Unterhauswahlprogrammen seit dem Jahre 1958. Diese Wahlprogramme werden von den japanischen Parteien im Vorfeld einer jeden Wahl veröffentlicht. Diese offiziellen Parteidokumente wurden von dem Autor mit der Kodierungsmethode des *Comparative Manifesto Projects* (CMP) kodiert¹¹: Das CMP teilt ein Wahlprogramm in Sätze auf und weist jedem Satz eine

¹⁰ Die DPJ publizierte ihr erstes Wahlprogramm unter dem Titel „Manifesto“ vor der Unterhauswahl 2003.

¹¹ Das CMP besitzt eine Datenbank mit Parteien aus über 50 Ländern, darunter auch Japan. Allerdings basieren die japanischen Daten bis in das Jahr 2000 nicht auf den offiziellen Parteidokumenten, sondern vielmehr auf der Kodierung von verhältnismäßig kurzen Interviews, die Zeitungen mit führenden Parteifunktionären durchgeführt haben. Diese Interviews spiegeln zwar die Wahlkampfschwerpunkte wider, sind aber keine Wahlprogramme bzw. Manifeste (zu dieser Problematik siehe u. a. Proksch 2011 oder Winkler 2014). Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen dieser Untersuchung die eigentlichen Parteidokumente/Manifeste kodiert.

Kodierung zu, die einem bestimmten Politikfeld entspricht. Dadurch lässt sich bestimmen, wie intensiv eine Partei ein bestimmtes Politikfeld hervorhebt und ob bzw. wie sich der Umgang damit über einen längeren Zeitraum oder im Vergleich zu anderen Parteien verändert hat.

Die drei Säulen des klientelistischen Systems der LDP, nämlich Infrastruktur/Bauindustrie, Landwirtschaft sowie klein- und mittelständische Betriebe sind für diesen Beitrag von besonderem Interesse. Diesen drei Sektoren ist – wie bereits oben erläutert – gemein, dass sie traditionell Unterstützer der LDP sind und im Gegenzug auf Aufträge der öffentlichen Hand, Subventionen oder Schutz vor (ausländischer) Konkurrenz hoffen können. Das Thema Landwirtschaft hat seinen eigenen Code innerhalb des CMP; Infrastruktur sowie die Unterstützung klein- und mittelständischer Betriebe sind jeweils in den Codes für Infrastruktur/Technologie sowie für soziale Gerechtigkeit in der Wirtschaft enthalten. Das bedeutet, dass mit diesen Codes zwangsläufig auch andere Politikfelder, die nicht oder nur bedingt etwas mit Klientelismus zu tun haben, mitgemessen werden. Auf dieses Problem soll im Laufe der Analyse noch genauer eingegangen werden.

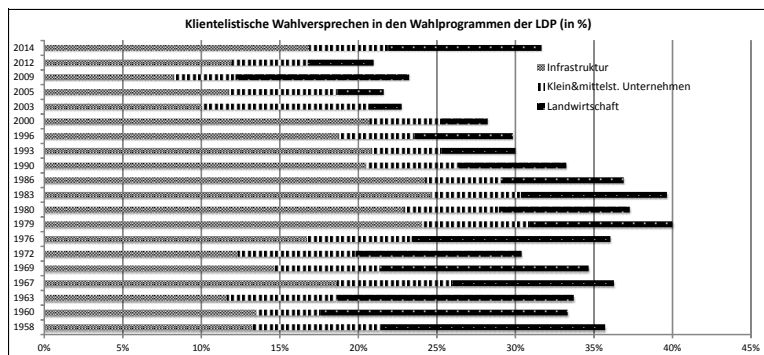
Neoliberale Politik wird nach Winkler (2012: 98) wie folgt definiert: Die Betonung von freier Marktwirtschaft, Anreize zur Unternehmensgründung, das Ziel eines schlanken und effizienten Staatsapparats, Privatisierung von Staatsunternehmen, Ausbau des Freihandels sowie Dezentralisierung¹² des Staates. Zwar wird Dezentralisierung gemeinhin nicht unbedingt als einer neoliberalen Agenda zugehörig betrachtet, allerdings wird sie in Japan fast ausschließlich als Mittel zum Zweck einen schlanken effizienten Staat zu schaffen verstanden.

Sollte die Wahlreformliteratur (z.B. Ramseyer und Rosenbluth 1997) Recht haben, sollten wir ab 1996 einen drastischen Rückgang in der Erwähnung dieser Politikfelder sehen. Im Gegenzug sollte der Anteil an neoliberalen Wahlkampfversprechen, wie der Privatisierung staatlicher Unternehmen oder der Förderung von Freihandel, stark ansteigen.

¹² Die entsprechenden CMP Codes sind wie folgt: Klientelismus: Soziale Gerechtigkeit (403), Infrastruktur (411) und Landwirtschaft (703). Neoliberale Politik: Dezentralisierung (301), Effizienter Staat (303), Freie Marktwirtschaft (401), Anregung von wirtschaftlicher Aktivität (402) und Freihandel (407).

3. KIENTELISTISCHE UND NEOLIBERALE WAHLVERSPRECHEN IM WANDEL DER ZEIT

Grafik 1



Grafik 1 zeigt die Entwicklung der drei klientelistischen Politikfelder seit der Gründungsphase der LDP. Die Grafik zeigt deutlich deren signifikante Bedeutung, vor allem während der ersten vier Jahrzehnte der LDP Regierungszeit. Im Zeitraum von 1958 bis 1993 besteht jedes Wahlprogramm somit im Durchschnitt zu 35,2 % aus Versprechen, die mit Klientelismus in Verbindung gebracht werden können. Wie aus der Grafik leicht ersichtlich ist, bezogen sich vor allem gegen Ende des 1955er Systems¹³ (d.h. während der 1980er Jahre) vier von zehn Sätzen in einem LDP Wahlprogramm auf Landwirtschaft, Infrastruktur sowie die Unterstützung klein- und mittelständischer Betriebe. Während Landwirtschaft bereits seit dem Ende der 1970er Jahre nur noch einen einstelligen Wert ausmacht, nimmt die Zahl der Aussagen, die die Infrastruktur betreffen, stetig zu. In den 1980er Jahren machten sie schließlich im Durchschnitt fast 25 % eines LDP-Wahlprogramms aus. Wie bereits von diversen Autoren (z. B. Woodall 1996) herausgestellt, erreichte vor allem die Kooperation zwischen LDP und Bauindustrie in den Jahren vor dem Platzen der Spekulationsblase

¹³ Das 1955er System bezeichnet die Zeit der LDP-Alleinherrschaft von 1955 bis 1993. Der Name geht auf die Gründung der LDP sowie die Fusion des linken und rechten Flügels der sozialistischen Partei im Jahre 1955 zurück.

ihren Höhepunkt.¹⁴ Einer der einflussreichsten Politiker dieser Zeit, Noboru Takeshita (Premierminister von 1987 bis 1989), prägte seiner Zeit den Satz: „Straßen sind Politik, und Politik ist Straßen(bau)“ (zitiert in Woodall 1996: 111).

Ein Blick auf die Zeit nach 1993 zeigt deutlich den von der Literatur vorhergesagten Effekt. Die LDP Wahlprogramme von 1996 bis 2014 bestehen im Durchschnitt nur noch zu 25,5 % aus klientelistischen Versprechen. Dies entspricht einem signifikanten Rückgang von 10 Prozentpunkten. Dabei ist bemerkenswert, dass sich dieser Wert während der neoliberalen Reformjahre unter Ryūtarō Hashimoto (Premierminister von 1996 bis 1998) und Koizumi sowie in der Folgezeit kaum verändert hat. Das spricht erst einmal gegen die These, dass sich die LDP wieder auf ihre traditionellen, klientelistischen Werte besonnen hätte. Stattdessen scheint es so als ob diese klientelistischen Versprechen auf vergleichsweise niedrigem Niveau stagnieren. Andererseits sind sie auch nicht komplett verschwunden, sondern immer noch von einer gewissen Relevanz, da ländliche Wahlkreise nach wie vor von wahlentscheidender Bedeutung für die LDP sind.

Vergleichsweise hohe Werte für das Politikfeld soziale Gerechtigkeit im Jahre 2003, d. h. während der Amtszeit von Premierminister Koizumi, erscheinen auf den ersten Blick paradox. Sie lassen sich wie folgt erklären: Wie bereits eingangs erwähnt, sind die Politikfelder, die das CMP einem bestimmten Code zuordnet, sehr breit. So zählt die Unterstützung klein- und mittelständischer Betriebe ebenso zu dem Code/Politikfeld soziale Gerechtigkeit wie etwa sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Allgemeinen. Im Falle der neoliberalen Regierung Koizumi lag der Schwerpunkt der Versprechen allerdings nicht auf sozialer Gerechtigkeit oder auf der traditionell wichtigen Unterstützung klein- und mittelständischer Betriebe, sondern vielmehr auf dem Umgang mit der großen Zahl fauler Kredite, die japanische Geldinstitute nach der geplatzten Spekulationsblase angehäuft hatten, sowie auf verstärktem Verbraucherschutz. Der Umgang mit diesen Krediten war um die Jahrtausendwende zu einem wichtigen wirtschaftspolitischen Thema geworden (Winkler 2014: 420).

Auffällig ist ebenfalls, dass die Landwirtschaft während der letzten drei Unterhauswahlkämpfe von der LDP wieder stärker thematisiert

¹⁴ In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre kam es zu einem rasanten Wertgewinn von japanischen Immobilien und Aktien (der sogenannten *Bubble* bzw. Spekulationsblase). Japanische Banken akzeptierten diese überbewerteten Titel als Sicherheiten. Nach dem Platzen der Spekulationsblase kämpften Japans Banken in den 1990er Jahren mit faulen Krediten im Wert von 77 Billionen Yen (Klein und Winkler 2012: 150–151).

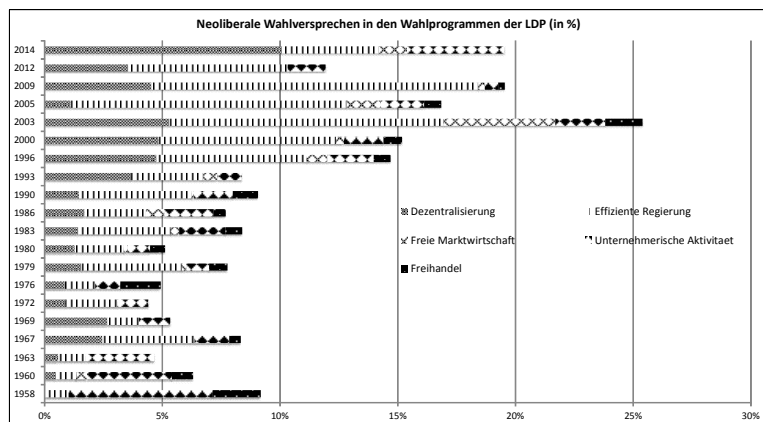
wurde. Dies bedeutet allerdings nicht zwangsläufig einen Rückfall in die „gute alte Zeit“ traditioneller Klientelpolitik. Der Hauptgrund für die wieder angestiegene Häufigkeit landwirtschaftlicher Wahlversprechen war das Freihandelsabkommen *Trans-Pacific Partnership* (TPP). Die landwirtschaftlichen Agrargenossenschaften sahen in den Beitrittsverhandlungen zu diesem von den Vereinigten Staaten entworfenen Freihandelsabkommen einen Angriff auf die japanische Landwirtschaft, die nach Wegfall von Zöllen nicht mehr mit Billigimporten aus dem Ausland konkurrieren könne. Als Oppositionspartei im Jahre 2012 hatte die LDP (2012: 25) angekündigt, sie werde nur dann Beitrittsverhandlungen zustimmen, wenn die Forderung nach dem Wegfall aller Zölle aufgegeben würde. Die DPJ-geführte Regierung unter Premierminister Naoto Kan (im Amt von 2010 bis 2011) hatte sich zuvor für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen stark gemacht (George Mulgan 2013: 216–217). Nach der Unterhauswahl 2012 und dem Regierungswechsel, hielt die neue LDP-Regierung unter Premierminister Abe trotz ihrer ursprünglich kritischen Haltung an einem japanischen Beitritt zu dem Freihandelsabkommen fest. 2014 versprach die LDP (2014: 14) in ihrem Wahlprogramm, das Einkommen der landwirtschaftlich geprägten Regionen durch Kooperation mit der Industrie sowie durch Förderung des Exports von Agrargütern zu verdoppeln. Dies ist selbstredend eine andere Art von Agrarpolitik als die auf Protektionismus und Subventionen bedachte Version, welche die LDP traditionell gepflegt hat.

Diese Beispiele demonstrieren die Grenzen rein quantitativer Analysemethoden. Da die Politikfelder innerhalb des CMP Kodierungsschemas sehr weit gefasst sind, können sich – wie oben diskutiert – Änderungen ergeben, die bei einem Blick auf die nackten Zahlen nicht offensichtlich sind. Diese Veränderungen verzerren das Gesamtbild jedoch nicht entscheidend; im Gegenteil, sie bestätigen die eingangs festgestellte Tendenz eines Rückganges an klientelistischen Wahlversprechen.

Grafik 2 zeigt klar den signifikanten Anstieg neoliberaler Wahlversprechen seit Mitte der 1990er Jahre, d. h. seit der Wahlrechtsreform. Während vor der Reform neoliberale Politik lediglich 6,9 % eines Wahlprogramms ausmachte, sind es im Zeitraum von 1996 bis 2014 17,6 %, was einen zweieinhalbfachen Zuwachs darstellt. Diese Entwicklung, zusammen mit dem Rückgang klientelistischer Wahlversprechen unterstützt ebenfalls die These, wonach sich die LDP in Folge der Wahlrechtsreform in der Tat signifikant gewandelt hat.

Für die vorliegende Untersuchung ist allerdings die Frage von Bedeutung, wie sich neoliberale Wahlversprechen nach dem Ende von Premierminister Koizumis Amtszeit, und speziell unter Abe, vor dem Hintergrund der Kritik an wachsender Ungleichheit (siehe z. B. Klein und Wink-

Grafik 2



ler 2012: 136–137) sowie den Auswirkungen der Weltfinanzkrise auf Japan entwickelt haben. Zwar zeigt sich, dass während der Hochphase der neoliberalen Reformpolitik die LDP auch am aggressivsten mit neoliberalen Wahlversprechen geworben hat (der Durchschnittswert für die drei Unterhauswahlen 2000, 2003 und 2005 liegt bei 19,1 %); allerdings liegt der Durchschnittswert für die darauffolgenden drei Wahlen (2009, 2012 und 2014) immer noch bei 17 %. Mit anderen Worten, die Zahlen legen nahe, dass die LDP in ihren Wahlprogrammen, anders als vielleicht erwartet, kein „zurück in die Zukunft“ wagt, sondern vielmehr auf Kontinuität setzt.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse, stellt sich also zwangsläufig die Frage, wie sich der von Teilen der Presse sowie der Fachliteratur diagnostizierte „Rückfall“ in die Politik der alten LDP erklären lässt. Auf den ersten Blick handelt es sich hierbei um ein Paradox, da die Zahlen nach Koizumis Abgang keine signifikante Veränderung zeigen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch das gleiche Phänomen, das bereits im Rahmen der Analyse der klientelistischen Politikfelder erörtert wurde. Aufgrund der thematischen Breite der CMP-Codes/Politikfelder erschließen sich teils signifikante Veränderungen dem Beobachter erst bei genauerer Analyse der Daten und den ihnen zugrunde liegenden Texten: So sind Wahlversprechen, die einen schlanken und effizienten Staat versprechen während der letzten beiden Unterhauswahlen (2012 und 2014) wieder auf das Niveau von Mitte der 1990er Jahre gesunken. Dieser Rückgang passt zu dem von Taniguchi und Okawa (2013) beobachteten kleiner werden-

den Rückhalt, den die neoliberale Vision eines schlanken Staates unter den LDP Kandidaten während der letzten Unterhauswahlen hatte.

Diesem Rückgang steht eine Zunahme an Versprechen gegenüber, die sich auf die Regionen beziehen. Dieses Politikfeld, zu dem u. a. Dezentralisierung gehört, spielte vor allem in dem Wahlprogramm zur Unterhauswahl 2014 eine wichtige Rolle. Dabei ging es allerdings weniger um die Stärkung lokaler Selbstverwaltungen oder gar um die Einführung föderaler Strukturen, sondern vielmehr um Revitalisierungsmaßnahmen für die ländlichen Regionen, in denen die positiven Effekte von *Abenomics*, wie z. B. Gehaltserhöhungen noch nicht angekommen waren. Zwar war auch Infrastruktur Teil dieser Wahlversprechen an die Regionen, allerdings lag der Schwerpunkt im Wahlprogramm auf einem programmatischen Aspekt, nämlich der finanziellen Unterstützung von Kommunen, um beispielsweise Gutscheine für lokale Produkte zu offerieren und dadurch die Nachfrage vor Ort anzukurbeln (LDP 2014: 13). Bei diesem Wahlversprechen handelt es sich also nur bedingt um die klientelistischen Infrastrukturprojekte, denen die LDP traditionell sehr zugetan war; die Regionalpolitik der Regierung Abe hat eine klar andere Nuance als die Initiative zur Revitalisierung der Regionen (*chiiki saisei*) unter der Koizumi Regierung. Die Reduzierung der zentralstaatlichen Subventionen an die Regionen war ein zentrales Anliegen letzterer (siehe z. B. Winkler 2014: 421), während die neoliberalen Elemente in der post-Koizumi Zeit wieder ins Hintertreffen gerieten.

4. ZUSAMMENFASSUNG UND ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die LDP unter der zweiten Abe Regierung programmatisch nicht in ihr altes Fahrwasser aus der Zeit vor der Wahlrechtsreform zurückgekehrt ist. Die hier vorgelegte Analyse zeigt deutlich, dass die traditionell hochgradig bedeutenden klientelistischen Wahlversprechen seit Mitte der 1990er Jahre weit weniger Platz in den Wahlprogrammen einnehmen. Daran hat sich auch seit der Rückkehr von LDP und Parteichef Abe an die Regierungsverantwortung wenig geändert. Wie bereits eingangs erwähnt, lassen die hohe Zahl an (wahlentscheidenden) Wechselwählern in den urbanen Zentren, eine anhaltende Landflucht, und wohl auch das stetig ansteigende Haushaltsdefizit eine Kehrseite in die „gute alte Zeit“ kaum zu. Allerdings ist die LDP auch nicht mehr die einst so stark neoliberal reformorientierte Partei, die Koizumi bei seinem Rücktritt im Jahre 2006 seinen Nachfolgern hinterlassen hatte. Dies zeigt sich u. a. in einer weniger auf schlanken Staat bedachten, aber dennoch eher programmatisch als klientelistischen

Politik gegenüber den Regionen. Abschließend lässt sich sagen, dass weder Klientelismus noch Neoliberalismus unter Abe eine Renaissance erlebt haben. Vielmehr versucht die LDP im Rahmen der „neuen“, der post-reformen Spielregeln den Spagat zwischen einem programmatischen Fokus auf urbane Wechselwähler und ihre traditionelle Klientel in den Regionen. Der Grund für ihren Erfolg bei den Unterhauswahlen 2012 und 2014 liegt jedoch weniger in der vollendeten Form dieses Spagats als vielmehr in der Opposition, die sich schwer tut, eine organisatorisch, personell wie politisch vereinte Alternative zur „ewigen“ Regierungspartei LDP aufzubauen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Cabinet Office (2012): *Kōreishakai hakusho* [Weißbuch zur alternden Gesellschaft]. http://www8.cao.go.jp/kourei/whitepaper/w-2012/zenbun/s1_1_1_02.html (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- (2011): *Sengo no shutoken jinkō no suii* [Bevölkerungsentwicklung in der Nachkriegszeit]. <http://www5.cao.go.jp/j-j/cr/cr11/chr11040101.html> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Carlson, Matthew (2007): *Money politics in Japan: New rules, old practices*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Curtis, Gerald (1971): *Election campaigning, Japan style*. Columbia University Press.
- George Mulgan, Aurelia (2013): Farmers, agricultural policies, and the election. In: Pekkanen, Robert, Reed, Steven R. und Scheiner, Ethan: *Japan Decides 2012*. New York: Palgrave MacMillan: 213–224.
- (2005): *Japan's interventionist state: The role of MAFF*. Abingdon: RoutledgeCurzon.
- Klein, Axel und Winkler, Chris (2012): *Analyse politischer Systeme: Japan*. Schwalbach: Wochenschauverlag.
- Krauss, Ellis und Pekkanen, Robert (2010): *The rise and fall of Japan's LDP*. Ithaka: Cornell University Press.
- Liberal Democratic Party (2014): *Keiki kaifuku, kono michi shika nai* [Wirtschaftsaufschwung, es gibt nur diesen Weg]. http://jimin.ncss.nifty.com/2014/political_promise/sen_shu47_promise.pdf (letzter Zugriff am 26.1.2016).
- (2012): *Nippon wo torimodosu* [Wir bringen Japan zurück]. https://www.jimin.jp/election/results/sen_shu46/political_promise/index.html (letzter Zugriff am 26.1.2016).
- Mori McElwain, Kenneth (2012): The nationalization of Japanese elections. *Journal of East Asian Studies* 12 (3): 323–350.
- N.N. (28.11.2012): Gyōkai dantai no yōbō, jimin ichibu sakujo he sōsenkyo no seiken kōyaku shūsei [LDP löscht einen Teil der Forderungen von Interessengruppen; Überarbeitung des Wahlprogramms für die Unterhauswahl]. *Asahi Shinbun*: 4.
- Noble, Gregory (2010): The decline of particularism in Japanese politics. *Journal of East Asian Studies* 10 (2): 239–273.

- Pempel, T. J. (1998): *Regime shift: Comparative dynamics of the Japanese political economy*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Proksch, S. O., Slapin, Jonathan und Thies, Michael (2011): Party system dynamics in post-war Japan: A quantitative content analysis of electoral pledges. In: *Electoral Studies* 30 (1): 114–124.
- Ramseyer, J. Mark und Rosenbluth, Frances M. (1997): *Japan's political marketplace*. Cambridge: Harvard University Press.
- Reed, Steven R. (2003): *Japanese electoral politics: Creating a new party system*. London: RoutledgeCurzon.
- Rosenbluth, Frances M. und Thies, Michael (2010): *Japan transformed: Political change and economic restructuring*. Princeton: Princeton University Press.
- Scheiner, Ethan (2006): *Democracy without competition in Japan: Opposition failure in a one-party dominant state*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Taniguchi, Masaki und Okawa, Chihiro (2012): Party position change in Japan: 2003–2009. In: Japanese Political Science Association and Korean Political Science Association (Hg.): *Governmental changes and party political dynamics in Korea and Japan*. Tokyo: Bokutakusha Publisher: 87–109.
- Thayer, Nathaniel (1969): *How the conservatives rule Japan*. Princeton: Princeton University Press.
- Winkler, Christian G. (2014): Between pork and people: An analysis of the policy balance in the LDP's election platforms. *Journal of East Asian Studies* 14 (3): 405–428.
- (2012): Consistent conservatism in changing times: An analysis of Japanese conservative intellectuals' thought. *Social Science Japan Journal* 15 (1): 93–110.
- Woodall, Brian (1996): *Japan under construction: Corruption, politics and public works*. Berkeley, California: University of California Press.